

Zuschussrente

Viel Bürokratie für wenig Leistung

Versprochen hatte die Bundesregierung die Aufstockung der Rente für Geringverdiener. Herausgekommen ist der Koalitionskompromiss „Lebensleistungsrente“. Für den DGB ist dies purer Zynismus.

Zuschuss- oder Lebensleistungsrente – die Begriffe suggerieren, dass es mehr Geld im Alter geben soll. Auch wenn noch nicht ganz klar ist, wie die Berechnungen tatsächlich aussehen, steht aber schon jetzt fest, dass es allenfalls Almosen für wenige geben wird.

Bis zu den Koalitionsgesprächen von CDU/CSU und FDP

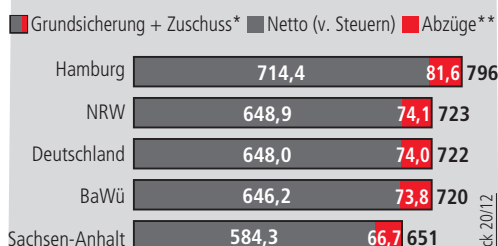
am 4. November versprach Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen eine „Zuschussrente“, die allerdings schon mit so hohen Hürden verbunden war, dass Geringverdiener so nicht vor Altersarmut geschützt werden. Nachdem Schwarz-Gelb sich gegenseitig einige Wünsche im Tauschgeschäft

genehmigte, wie das Betreuungsgeld und die Streichung der Praxisgebühr, heißt der geplante Zuschlag auf die zu erwartende Welle von Armutsrenten jetzt „Lebensleistungsrente“. Das Wort klingt

akzeptabel sind. Wer die Mini-Aufstockung haben will, muss nun mindestens 40 Beitragsjahre nachweisen und zusätzlich privat vorgesorgt haben. Abgesehen davon, dass selbst die Bundesregierung

Unterschiedliche Leistung

Durchschnittliche Grundsicherung nach Bundesländern (Auswahl) und die darauf bezogene Lebensleistungsrente (in Euro)



*Annahme für Zuschuss: 15 Euro

**Beiträge zur Krankenversicherung- und Pflegeversicherung

Quelle: DGB 2012

© DGB einblick 20/12

Die neuen Beschlüsse bringen den RentnerInnen nichts, denn die geplante Anhebung um 10 bis 15 Euro über dem Grundsicherungsniveau würde nicht einmal ausreichen, die Beiträge für die Versicherungen zu decken. Offen ist zudem noch, auf welcher Basis gerechnet wird. Zugrunde gelegt werden könnten der durchschnittliche Wert für Deutschland, die Länderdurchschnitte oder – das ist der Ansatz des Bundesarbeitsministeriums – die noch höheren Werte aus Ballungszentren wie München (876 Euro) oder Wiesbaden (811 Euro).

nach Anerkennung, das Ergebnis ist allerdings das glatte Gegenteil.

Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach heißt der Vorschlag nichts anderes, als dass die Koalition „Altersarmut offenbar billigend in Kauf nimmt“. Das liegt auch an den noch schärferen Bedingungen, die für den DGB nicht

davon ausgeht, dass diese Voraussetzungen kaum zu erreichen seien, bleibe der kleine Zuschuss wirkungslos, kritisiert der DGB: „Am Ende bleibt in der Regel weniger als die Grundsicherung im Alter übrig.“

Buntenbach sieht zudem die Gefahr, dass die Rentenversicherung zum zweiten Sozialamt wird. Denn Zuschläge gibt es nur, wenn neben den Zugangsvoraussetzungen auch das Haushaltseinkommen nicht zu hoch ist. Die Versicherten und ihre Partner müssten sämtliche Einkommensdaten offen legen, die Rentenversicherung muss die Unterlagen prüfen. „Das ist nicht nur bürokratisch, sondern auch unwürdig“, betont Buntenbach. Der DGB bleibe deshalb bei seiner Forderung einer Rente nach Mindesteinkommen. •

plusminusBERLIN

+ Eine deutliche Mittelaufstockung „gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ fordert **Astrid Rothe-Beinlich**, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. „Wir fordern ein 50-Millionen-Euro-Programm.“

- Gegen die hohe Arbeitslosigkeit in den Krisenländern kennt **Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler** nur ein Rezept: „Flexible Arbeitsmärkte sind die Voraussetzung für den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit.“

Seite 3

Privatisierung in Europa

Die EU-Kommission will öffentliche Dienstleistungen wie die Wasserversorgung privatisieren. Gewerkschaften und Arbeitgeber sind dagegen

Seite 5

Marktmacht im Handel

Große Lebensmittelkonzerne wie Edeka und Rewe forcieren ein neues Geschäftsmodell. Selbstständige Kaufleute übernehmen Filialen – oft mit negativen Folgen für die Beschäftigten

Seite 7

USA nach der Wahl

Was die Gewerkschaften in der zweiten Amtszeit von US-Präsident Barack Obama erwarten können, erklärt aus Washington Marion Knappe



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.equaltimes.org
Neues News-Portal des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) mit Meldungen aus der globalisierten Arbeitswelt

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Gemeinsame Stellungnahme von DGB und BDA zum Sozialwahlbericht 2011

Wirtschaftsweise

Realität ausgeblendet

Im Jahresgutachten des Sachverständigenrates der Bundesregierung loben die so genannten Wirtschaftsweisen die ersten Erfolge der Sparpolitik. Für DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki heißt das, sie „nehmen die Realität nicht wahr“. Im Gutachten bewertet der Sachverständigenrat die europäische Kürzungspolitik durchaus als positiv. Ausgeblendet werde aber die tatsächliche Situation in den Krisenländern, wirft Matecki dem Gremium vor. Denn Europa stecke in einer Rezessionsfalle, die Arbeitslosigkeit erreiche Rekordhö-

hen, private und öffentliche Armut nehme zu, und die Schuldenquote wachse. Die Wirtschaftsweisen „verharmlosen“ die tatsächliche Situation nicht nur, kritisiert Matecki, sondern schlagen sogar noch härtere Kürzungen vor. Nicht nur die aktuelle Krisenbewertung ist für den DGB falsch. Auch die Analyse des Beschäftigtenbooms gehe an der Realität vorbei. Zudem greife das Gutachten erneut den Kündigungsschutz an. Claus Matecki: „Das Jahresgutachten verkennt die Krisengefahr und ist arbeitnehmerfeindlich.“ Der Wirtschaftsweise Professor Peter Bofinger hat als einziger in dem fünfköpfigen Rat ein Minderheitenvotum zur Bewertung der Krise abgegeben. •

www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

EU-Parlament

Pläne gestoppt

Der EU-Verkehrsausschuss hat Anfang November weitere Liberalisierungen im Verkehrssektor abgelehnt. Eine von der EU-Kommission geplante Richtlinie hätte für das Flughafenbodenpersonal Lohn- und Sozialdumping zur Folge gehabt. Im Vorfeld der Abstimmung hatten ver.di und die Europäische Transportarbeiterföderation (ETF)

zu einer Großdemonstration in Brüssel aufgerufen. Nach den Kommissionsplänen hätten die Flughäfen mehr Abfertigungsunternehmen zulassen müssen. Von der Verordnung wären die Abfertigungen von Fluggästen bis hin zum Catering betroffen gewesen. „Der Zwang zur Zulassung weiterer Dienstleister bringt nicht mehr Effizienz, sondern fördert Lohn- und Sozialdumping“, kritisierte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel die Liberalisierungspläne. •

Betriebsärzte

Stress im Job macht krank

Der Strukturwandel in der Arbeitswelt, verbunden mit steigender Flexibilität und Mobilität, der wachsende Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung sind für die Betriebs- und Werksärzte Treiber von psychischen Erkrankungen. Psychische und psychosomatische Erkrankungen verursachen heute im Gesundheitssystem wie in den Betrieben hohe Kosten „bei einer deutlich steigenden Tendenz“. Auf der Jahrestagung 2012 des Verbandes Deutscher Betriebs- und Werksärzte (VDBW) gehörte das Thema Prävention und Früherkennung psychischer Erkrankungen zu den Schwerpunkten.

„respektvolle und wertschätzende Führungskultur sowie eine offene Kommunikationskultur statt Mobbing, Kritik und schwelende Konflikte“. Eine gute Führung stelle den Mensch bei der Arbeit wieder in den Mittelpunkt. •

Die Zunahme fordere Unternehmen und Betriebsärzte heraus, erklärte VDBW-Präsident Wolfgang Panter. Im Idealfall, so Panter, herrscht im Betrieb eine

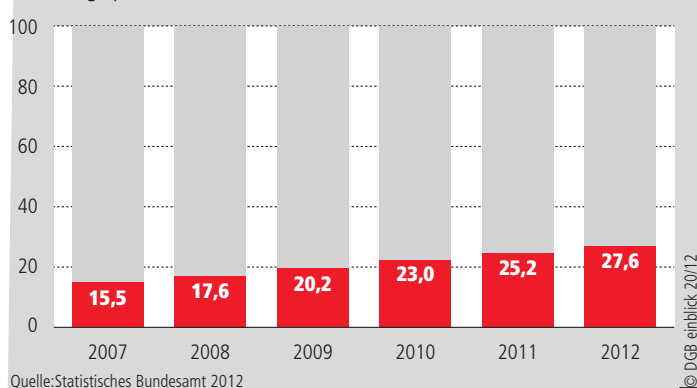
Industriestandort

Gute Bedingungen

Die Unternehmen sind mit dem Standort Deutschland weitgehend zufrieden. Nach einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums liegt Deutschland auf Rang 5 hinter den USA, Schweden, Dänemark und der Schweiz. Positiv seien die Versorgungssicherheit (Energie), Rechtssicherheit und Infrastruktur. Auch die deutschen Arbeitsbeziehungen erhielten gute Noten. So seien die Arbeitszeiten sehr flexibel und Arbeitskämpfe selten. •

Plätze fehlen

Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren (in Prozent)



Viel Zeit bleibt nicht mehr, um die notwendigen Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, für die die Bundesregierung ab August kommenden Jahres einen Rechtsanspruch geschaffen hat. Wird er von den Eltern wie prognostiziert wahrgenommen, müsste eine Betreuungsquote von mindestens 39 Prozent erreicht werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt die aktuelle Quote jetzt noch unter 28 Prozent. In den kommenden neun Monaten müssten also noch 220 000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen werden. Der DGB fordert deshalb einen „Krippengipfel“, auf dem sich Bund, Länder und Gemeinden über einen gemeinsamen Ausbauplan verständigen.

Betreuungsgeld

Gerichtliche Überprüfung

Ab 1. August 2013 wird es das umstrittene Betreuungsgeld geben. 100 Euro monatlich gibt es künftig für ein- bis zweijährige Kinder. Die schwarz-gelbe Koalition hat dem zugestimmt. Für den

DGB ist diese Entscheidung der Bundesregierung bereits vom Ansatz falsch. Am Abstimmungstag appellierte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock noch einmal an das Parlament, das Gesetz abzulehnen. Es sei „eine Zumutung“, wenn junge Eltern entscheiden müssten, ob sie einen staatlich geförderten Betreuungsplatz in Anspruch nehmen oder ihr

Kind zu Hause betreuen und dafür Geld fürs Bildungssparen bekommen. Eltern, die einen Krippenplatz in Anspruch nehmen, werden nun gleich mehrfach zur Kasse gebeten, kritisiert Ingrid Sehrbrock. Sie bekämen keinen Zuschuss für die Ausbildung, müssen den Krippenplatz bezahlen und finanzieren mit ihrer Steuer die Bildungssparverträge der anderen.

Der Gleichstellungs- und Bildungspolitik werde ebenfalls ein schlechter Dienst erwiesen, denn das Betreuungsgeld befördere die traditionellen Rollenbilder. Die Oppositionsparteien im Bundestag schließen eine rechtliche Überprüfung des Gesetzes nicht aus. Auch der DGB hält eine verfassungsrechtliche Überprüfung für erforderlich. •

Richtlinienentwurf der EU-Kommission

Breite Ablehnung

Die EU-Kommission hat einen Richtlinienentwurf zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vorgelegt, den sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeberverbände in Deutschland ablehnen.

Die Vergabe von Konzessionen über einem Vertragswert von fünf Millionen Euro soll europaweit ausgeschrieben werden. Konzessionen in den Bereichen Wasser, Abfall und Energie, soziale Dienste und Häfen sowie Teile des Verkehrsbereichs dürften damit künftig an den billigsten Anbieter vergeben werden. Während der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) überbordende Bürokratie befürchtet, lehnen DGB und Gewerkschaften die Konzessionsrichtlinie noch aus ganz anderen Gründen ab:

■ Fragen der **öffentlichen Daseinsvorsorge und des Gemeinwohls** blieben weitgehend unberücksichtigt. Der Richtlinienentwurf greife massiv in das grundgesetzlich verbrieftete Recht der Kommunen auf Eigenverantwortung und Selbstverwaltung ein. ■ Die EU-Kommission schränke die **Berücksichtigung sozialer und ökologischer Qualitätsstandards** bei der Konzessionsvergabe stark ein. So soll etwa das Kriterium „Tarifreue“ künftig keine Rolle mehr spielen.

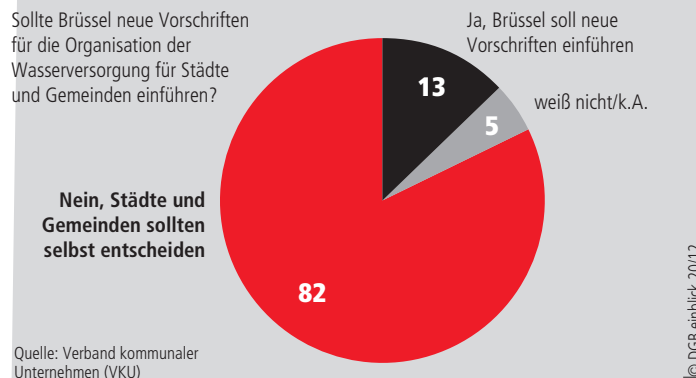
■ Bereits die **Definition des Konzessionsbegriffs** weise erhebliche Unterschiede zur „bewährten Definition des Europäischen Gerichtshofs“ auf. Europäische und nationale Gesetzgeber hätten aus gutem Grund eine eigenständige Regelung bislang abgelehnt, denn auch für Dienstleistungskonzessionen gelten die Grundsätze des EU-Vertrags über Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz.

Bereits im Mai 2010 hat sich das Europäische Parlament (EP) mit großer Mehrheit gegen eine Konzessionsrichtlinie ausgesprochen. Auch der Bundesrat votierte mehrfach gegen die Initiative der

Kommission. Anfang März 2012 hat er eine Subsidiaritätsrüge gegen die Richtlinie verabschiedet. Tenor dieser Rüge, mit der auf eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips aufmerksam gemacht werden soll: Die Länderkammer sieht in dem Regelungsversuch eine Gefährdung der kommunalen Selbst-

Große Mehrheit gegen Neu-Organisation

Ergebnis der VKU-Umfrage zur Privatisierung der Wasserversorgung (in Prozent)



82 Prozent der BürgerInnen lehnen neue europäische Vorschriften für die Organisation der Wasserversorgung in Städten und Gemeinden ab. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts forsa im Auftrag des Verbandes kommunaler Unternehmen.

verwaltung und Gemeinden. Letztlich haben Anfang März auch Teile des Bundestages quer durch alle Fraktionen den EU-Kommissionsvorschlag kritisiert.

So weiß sich der DGB in seiner Ablehnung der Konzessionsrichtlinie einig mit einer Reihe gesellschaftlicher Kräfte in der Bundesrepublik. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki: „Wir wollen öffentliches Eigentum und öffentlich vergebene und kontrollierte Dienstleistungen bewahren. Sensible Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie zum Beispiel die Wasserversorgung müssen Aufgabe der Mitgliedstaaten bleiben und dürfen nicht dem Profitstreben ausgeliefert werden.“ Der Vorschlag werde auf die Kommunen, auf die

betroffenen Beschäftigten sowie auf die BürgerInnen erhebliche negative Auswirkungen haben, so Matecki.

Die EU-Kommission indes scheint entschlossen, gegen den Willen des EU-Parlaments und vieler nationaler Regierungen die Konzessionsrichtlinie weiter zu verfolgen. In einem Brief stellt die Kommission klar, dass sie Privatisierungen – genannt wird ausdrücklich der Wasserbereich – der öffentlichen Daseinsvorsorge für gesellschaftlich sinnvoll und effizient hält, sofern sie gut gemacht werden. Und so werden insbeson-

Wasser ist Menschenrecht

Wasser ist kostbar geworden. Weltweit agierende Unternehmen wollen damit hohe Gewinne erzielen. Sie treiben die Preise für Wasser immer weiter in die Höhe.

Und die EU-Kommission scheint mit ihrer Konzessionsrichtlinie dafür endgültig den Boden bereiten zu wollen.

Europäische Gewerkschaften wollen das verhindern. Sie haben in der EU eine der ersten europäischen Bürgerinitiativen gestartet. Unter dem Titel „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ will der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst bis zum Herbst 2013 eine Million Unterschriften sammeln.

Die Kampagne soll das Thema Wasser wieder auf die Tagesordnung setzen. Die EU-Kommission soll nach dem Willen der Gewerkschaften dafür sorgen, dass die Förderung von Wasser- und Abwasserwirtschaft als öffentliche Dienstleistung für alle sichergestellt wird. Privatisierung und Liberalisierung von Wasser sollen ein Ende haben. Künftig sollen EU-Rechtsvorschriften alle Regierungen dazu verpflichten, für alle BürgerInnen eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser und eine sanitäre Grundversorgung sicherzustellen.

Zur Unterschriftenaktion:
http://bit.ly/Wasser_ist_Menschenrecht

Schöneberger Forum

Beschäftigte unter Druck

Zum 15. Mal lädt der DGB am 28. und 29. November gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung zum „Schöneberger Forum“ nach Berlin ein. Die Fachtagung richtet sich an Beschäftigte und PersonalvertreterInnen im öffentlichen Dienst. Unter dem Motto „Bürgerbeteiligung und öffentlicher Dienst: Zwischen Demokratisierung und Arbeitsverdichtung“ diskutieren ExpertInnen die aktuelle Lage. Unter anderem wird auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) Stellung nehmen. •

www.schoeneberger-forum.de

Theaterstück

Call-Center auf der Bühne



Aufgesetzte Freundlichkeit, Verkaufsdruck und knallharte Kontrolle, so sieht die Arbeitsrealität für Hunderttausende Beschäftigte in Call-Centern aus. Ein Theaterprojekt in Berlin ist den Abgründen der Branche auf den Grund gegangen. Drei SchauspielerInnen haben – als Call-Center-Agenten getarnt – recherchiert und ihre Erfahrungen zusammengetragen. Herausgekommen ist das Theaterstück „hold the line“, das am 8., 9., 14., 15. und 16. Dezember im „Theater Aufbau Kreuzberg“ in Berlin aufgeführt wird. Im Anschluss an die Vorführung kann mit den SchauspielerInnen diskutiert werden. Das Publikum kann zudem in einem Workshop in die Rolle eines Call-Center-Agenten schlüpfen. Das Theaterprojekt wird unter anderem durch den DGB, die Hans-Böckler-Stiftung und ver.di unterstützt. •

Tickets und weitere Infos unter: karten@theater-aufbau-kreuzberg.de

Gelbe Hand

Gegen Rechts im Betrieb

Neben guten Arbeitsbedingungen gehört auch ein gutes Miteinander zur Arbeitswelt. Mobbing und Fremdenhass haben im Job nichts verloren. Um zu zeigen, welche Chancen betriebliche und gewerkschaftliche Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus bieten, lädt der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ am 14. Dezember zu einem Workshop nach Essen ein. In drei Foren erklären ExpertInnen, wie Betriebsräte zum Beispiel Betriebsvereinbarungen im Kampf gegen Rechts einsetzen können. •

www.gelbehand.de

IG Metall

Einmischen und mitmachen

Von der Tarifpolitik über die Globalisierung bis hin zur Gestaltung der Arbeitswelt und zu Rhetorikkursen: Mit ihrem Bildungsprogramm deckt die IG Metall im Jahr 2013 ein breites Spektrum ab, um Betriebsräte, Aufsichtsräte und Beschäftigte fit für die politische Arbeit im Betrieb zu machen. Das Programm steht im Internet zum Download bereit. •

www.bit.ly/igmetall_bil_2013

interregio

••• Der **DGB Bayern** hat seine **Positionen zur Landtagswahl 2013** für die Bereiche Arbeit, Bildung und Leben veröffentlicht. So fordert der DGB unter anderem einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit, Kampf gegen prekäre Beschäftigung, flexible Übergänge in die Rente und eine sozial ausgestaltete Industrie- und Dienstleistungspolitik. Zudem gelte es, die Kommunen zu stärken.

www.bayern.dgb.de



In Deutschland droht Millionen Menschen Altersarmut.

So oder ähnlich lauten die Überschriften zu einem derzeit sehr aktuellen Thema. Doch an den Ursachen, wie sinkenden Reallöhnen oder dem wachsenden Niedriglohnssektor wird wenig verändert. Im Buch **Armut im Alter** beschäftigen sich 29 AutorInnen unter verschiedenen Aspekten mit der Thematik.

Die „Methusalem-Lüge“ nennen die Soziologen Professor Ernst Kistler und Falko Trischler die Begründungen der vergangenen Rentenreformen. Einige Beiträge entlarven die Demografie als willkommenes Argument für „alternativlose Rentenreformen“. Das Buch bietet einen Überblick von der Entwicklung des Sozialstaates über die Rentengesetzgebung und der Ursachenforschung bis hin zu sinnvollen Maßnahmen für eine solidarische Alterssicherung.

Christoph Butterwegge, Gerd Bosbach, Matthias Birkwald (Hrsg.): *Armut im Alter – Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung*, Campus Verlag 2012, 393 Seiten, 19,90 Euro



Hugo-Sinzheimer-Institut

Juristin ausgezeichnet

Zum zweiten Mal ist eine herausragende arbeitsrechtliche Promotion mit dem Hugo-Sinzheimer-Preis ausgezeichnet worden. Die Juristin Andrea Potz erhält die mit 3000 Euro dotierte Auszeichnung für ihre Arbeit zum europäischen Gleichbehandlungsrecht. Die Juri-

stin ist der Frage nachgegangen, wie bei Ungleichbehandlung in der Arbeitswelt eine erleichterte Beweisführung europaweit durchgesetzt werden kann. Zuletzt hatte der Europäische Gerichtshof dokumentiert, wie wichtig das Thema in der Praxis ist. Der Preis ist dem Juristen Hugo Sinzheimer (1875-1945) gewidmet, der das Arbeitsrecht in Deutschland entscheidend geprägt hat. •

www.hugo-sinzheimer-institut.de

••• Die von **Kölner GewerkschafterInnen** initiierte Radiowerkstatt **„Radioclub Böcklerplatz“** wird in diesem Jahr am Bürgermedienpreis der Landesanstalt für Medien NRW teilnehmen. Der Beitrag über die „Kölner Nord-Süd-Stadtbahn“ ist gemeinsam mit Jugendlichen im Alter von acht bis zwölf Jahren entstanden und hat zum Ziel, die Medienkompetenz junger RadiomacherInnen zu verbessern. Im Internet kann über die Beiträge abgestimmt werden.

www.koeln-bonn.dgb.de/1PZw

GEWERKSCHAFTEN

Einzelhandel

Die Macht der Großen

Die großen Lebensmittelkonzerne Edeka und Rewe setzen seit einigen Jahren auf ein neues Geschäftskonzept. Filialen werden selbstständigen Kaufleuten überlassen. Die Folge: Tarifverträge und Mitbestimmung werden außer Kraft gesetzt.

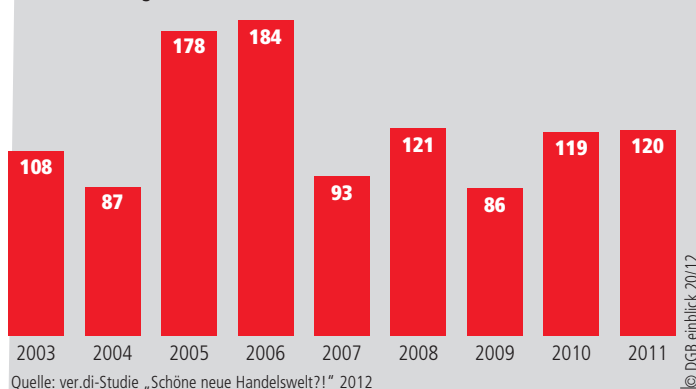
Rund zehntausend Filialen haben die beiden großen Einzelhandelskonzerne Edeka und Rewe in den vergangenen Jahren an

leute – mit negativen Folgen für die Beschäftigten. Denn: Tarifvertragliche Regeln, die mit den regionalen Gesellschaften geschlossen wurden, gelten dann nicht mehr. Auch bestehende Betriebsratsgremien haben nach einer Übergangszeit keine Grundlage mehr.

ver.di schätzt, dass rund 90 Prozent der betroffenen 139 000 Edeka-Beschäftigten nun zu schlechteren Arbeitsbedingungen tätig sind. Fast überall dort, wo

Edeka: Forcierte Privatisierung

An selbstständige Kaufleute veräußerte EDEKA-Filialen



Edeka treibt die Privatisierung ihrer Filialen konsequent voran. Bis 2011 haben 1096 selbstständige Kaufleute vormalige Regiefilialen übernommen.

selbstständige Kaufleute vergeben oder neu gegründet. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger kritisiert: „Eine aus dem Genossenschaftsgedanken entstandene Betriebsform mutiert unter Federführung der Konzerne zu einem nahezu betriebsratsfreien, tarifvertragslosen und damit ungeschützten Bereich, der vielfach mit Dumpinglöhnen den Verdrängungswettbewerb weiter anheizt.“

Eine ver.di-Untersuchung zum Lebensmittelkonzern Edeka zeigt, wie die Methode funktioniert. Dort werden seit 2003 so genannte Regiefilialen an selbstständige Kaufleute veräußert. Waren diese Regiefilialen noch Tochterunternehmen der sieben Edeka-Regionalgesellschaften, so sind die privatisierten Filialen fortan im alleinigen Besitz der Kauf-

die Regiefilialen privatisiert wurden, wird innerhalb von Monaten versucht, große Teile des Personals „auszutauschen“, berichten die Betriebsrätin Bärbel Thamhayn und die ver.di-Gewerkschaftssekretärin Katharina Wesenick. MitarbeiterInnen in Vollzeit oder sozialversicherter Teilzeit werden häufig durch 400-Euro-Kräfte ersetzt. Die beiden Gewerkschafterinnen schildern, wie sie sich im privatisierten E-Center Scheuner in Bad Gandersheim erfolgreich gewehrt haben. Nach harten Verhandlungen mit dem neuen Besitzer gelten nun weiterhin die alten Tarifstandards.

ver.di rät den Beschäftigten in solchen Fällen, sich direkt an ihre örtlichen GewerkschaftssekretärInnen zu wenden. Zum Beispiel, um sich bei der Betriebsratsarbeit

in der Übergangsphase beraten zu lassen oder um einen neues Gremium zu gründen. Denn, so erläutert Manfred Wages, ver.di-Sekretär im Fachbereich Handel in Nürnberg, „durch die tägliche Präsenz im Laden können die neuen Inhaber ständig auf die Beschäftigten Einfluss nehmen. Ihnen wird deutlich gemacht, dass alle Probleme doch unter vier Augen geklärt werden können.“ Ein Betriebsrat hingegen verstoße gegen die neue Philosophie. Besonders traurig sei es, wenn Gruppen in der Belegschaft gegeneinander ausgespielt werden, so Wages. ArbeitnehmerInnen, die trotzdem aktiv werden wollen, werden zu „intensiven Einzelgesprächen“ gebeten. Nicht selten werden Abmahnungen ausgesprochen, erklärt der Gewerkschafter. Hubert Thiermeyer, ver.di-Fachbereichsleiter Handel in Bayern, fordert die Verbraucher auf, sich einzumischen. Zum Beispiel, indem sie sich bei den Beschäftigten an der Kasse erkundigen, ob es einen Betriebsrat und Tarifbindung gibt. „Solidarität ist in solchen Fällen sehr wichtig. Jede Form der Unterstützung hilft den MitarbeiterInnen.“

Wie groß der Einfluss von großen Handelsketten mittlerweile ist, zeigt sich auch im Bereich der Bäckereien. Seitdem große Ketten wie Rewe, Edeka, Lidl und künftig auch Aldi in ihren Filialen Backautomaten betreiben, geraten die Zulieferer unter Druck. Denn einige Einzelhandelsketten (Rewe, Edeka und Lidl) haben ihre eigene Produktion von Teiglingen aufgebaut. Peter Störing, Experte der NGG für die Backindustrie, erklärt: „Den Druck, den der Handel auf die Produzenten nun ausübt, bekommen letztendlich die Beschäftigten zu spüren.“ Nicht nur die kleine Bäckerei um die Ecke gerät unter Druck, auch große Bäckereien machen Pleite. „Mit Brot kann man gut Geld verdienen“, meint Störing. Rund 5,5 Milliarden Euro sind von 2011 bis 2012 mit Backwaren umgesetzt worden, über die Hälfte von den Discontern. ●

Riese am Markt

Edeka ist 1907 von Kaufleuten als Genossenschaft gegründet worden. Als Einkaufsgenossenschaft wollten die beteiligten Geschäftsleute beim Wareneinkauf durch Masseneffekte profitieren. Die Grundstruktur aus Genossenschaft, Groß- und Einzelhandel gilt bis heute. Die Zentrale in Hamburg ist zuständig für das nationale Warengeschäft, die Eigenmarktentwicklung, Marketing und Werbung. Die sieben Regionalgesellschaften steuern das Warengeschäft in der Region. Sie beliefern sowohl die eigenen nach dem „Marktmanagermodell“ betriebenen Regiefilialen als auch die selbstständigen Edeka-Einzelhändler. Zudem betreiben die Regionalgesellschaften eigene Produktionsbetriebe für Fleisch, Wurst und Backwaren. Durch die Privatisierung hat sich in den vergangenen Jahren die Umsatzstruktur verschoben. Während die privatisierten Läden ihren Umsatz auf 20 Milliarden steigern konnten, sank dieser im Regie-Einzelhandel um 27,7 Prozent auf 8,4 Milliarden Euro. Laut Geschäftsbericht arbeiten mittlerweile 139 000 der insgesamt 306 000 Edeka-Beschäftigten bei selbstständigen Einzelhändlern.

Die ver.di-Untersuchung „Schöne neue Handelswelt“ zum Download: www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz & bündig



Die IG BAU hat die Tarifverhandlungen Ost mit der Baustoffindustrie für gescheitert erklärt und bereitet sich auf Arbeitskampfmaßnahmen vor. Bundesvorstandsmitglied Harald Schaum: „Das Angebot der Arbeitgeber ist eine Provokation.“



Die IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt hat die Arbeitgeber aufgefordert, sich für die Abschaffung unsozialer Studiengebühren einzusetzen. Bezirksleiter Hartmut Meine: „Die Klagen über den Ingenieurmangel und die hohen Gebühren für ein Ingenieur-Studium passen nicht zusammen.“



Michaela Rosenberger (NGG) hat die Kommunen an ihre soziale Verantwortung erinnert. „Öffentliche Aufträge zur Essensversorgung von Schulen und Kindergärten dürfen nur an Firmen vergeben werden, die einen fairen Lohn bezahlen und wo Sicherheit und Hygiene nicht durch übermäßigen Zeit- und Arbeitsdruck erschwert werden.“



Mit Blick auf das Betreuungsgeld schlägt Norbert Hocke (GEW) einen Qualitätspakt für Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen vor. „Bund, Länder und Gemeinden, freie und öffentliche Träger sowie Gewerkschaften müssen klären, wie die qualitativen Standards gesichert und verbessert werden können.“

EVG

„Sicher unterwegs“

Der EVG-Gewerkschaftstag Ende Oktober befasste sich auch mit Übergriffen gegen BahnmitarbeiterInnen. Gewalt gegen die Beschäftigten der Eisenbahnen ist seit Jahren ein Problem. In Live-Schaltungen aus verschiedenen Regionen, wie Leipzig, Köln und München, berichteten Betroffene dem Gewerkschaftstag von Übergriffen.

Eine Umfrage unter EVG-Mitgliedern hat ergeben, dass jede/r vierte Beschäftigte bereits Opfer physischer Gewalt während des Dienstes geworden ist. 90 Prozent seien in „heikle Situationen“ geraten, von Fahrgästen genötigt oder beleidigt worden. Einem vertraulichen Bericht der Bahn AG zufolge

stieg die Zahl der Übergriffe gegen Bahnmitarbeiter im ersten Halbjahr 2012 um 5,4 Prozent gegenüber 2011, berichtete Spiegel online.

Die auf dem Gewerkschaftstag zugeschalteten EVG-Mitglieder führten die Zunahme der Übergriffe vor allem auf den Personalabbau bei der DB AG zurück. So gebe es an vielen Bahnhöfen kein oder zu wenig Sicherheitspersonal. Dem widerspricht die Bahn AG: Allein 2011 Jahr seien über 500 zusätzliche Sicherheitsbeschäftigte eingestellt worden, heißt es. Die Leipziger Bahn-Beschäftigte, die wöchentlich zu ihrem Einsatzort Köln anreist, sah das während der Live-Schaltung ganz anders: Am Kölner Messebahnhof Deutz sei häufig gar kein Sicherheitspersonal, und im Kölner Hauptbahnhof sind selbst während der Hauptverkehrszeiten nur zwei Sicherheitsbeamte im Dienst. •

Amazon

Tarifvertrag oder Streik

Dem Online-Versandhändler droht mitten im Weihnachtsgeschäft Ungemach. Nachdem sich immer mehr Beschäftigte in den letzten Monaten in ver.di organisiert haben, fordert die Gewerkschaft nun einen Tarifvertrag. Rund 40 Beschäftigte machten Anfang November öffentlichkeitswirksam Druck für ihre Forderungen. Neben einem Tarifvertrag verlangen sie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, verbindliche Zuschlagsregelungen und bessere Arbeitsbedingungen. In der Leipziger Niederlassung, in der rund 1000 Festangestellte arbeiten, ist laut ver.di inzwischen jeder Zweite gewerkschaftlich organisiert. •

Innovationskongress 2012

Pakt für die Energiewende

Am 27. November 2012 findet in Berlin erstmals der „Innovationskongress Energiewende“ statt. Veranstaltet wird er vom „Innovationsforum Energiewende“, einer gemeinsamen Initiative von IG BCE, Unternehmen und Betriebsräten. „Die Energiewende ist an einem kritischen Punkt angelangt“, stellt der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis fest. Insgesamt fehle es an einer klaren Orientierung. Vieles laufe unkoordiniert nebeneinander her, manches sei ins Stocken geraten.

Die Träger des Innovationsforums sind überzeugt: Im Zuge des Umbaus des Energiesystems müssen Versorgungssicherheit, Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie wettbewerbsfähige Preise gewährleistet sein. Die Energiewende erfordere weitreichende technische, soziale und rechtliche Neuerungen entlang der Versorgungskette und

müsse gesellschaftlich verträglich gestaltet werden. Um voranzukommen, schlägt die IG BCE vor, gemeinsam mit wichtigen Akteuren aus Wirtschaft, Po-



litik und Gesellschaft einen Innovationspakt für die Energiewende zu schmieden. Auch darüber werden die rund 700 TeilnehmerInnen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden debattieren, die bei dem Kongress erwartet werden. • <http://bit.ly/inno-kongress>

Deutscher Frauenrat

Gewerkschafterin leitet Frauenlobby

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats (DF) hat Anfang November Hannelore Buls zur neuen Vorsitzenden gewählt. Die Sozialökonomin, die bis Anfang 2012 den Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik beim ver.di-Bundesvorstand leitete, hat sich in den vergangenen Jahren besonders mit der eigenständigen Existenzsicherung und Altersvorsorge für Frauen befasst. Dazu sagte sie bei ihrem Amtsantritt: „Wir müssen den grundsätzlichen Fragen in unserer Gesetzgebung nachgehen und uns dafür einsetzen, dass

Frauen die Folgen davon nicht länger nur allein tragen müssen.“

Als Negativbeispiel bezeichnete sie „den Teilleistungscharakter der Pflegeversicherung, wo es zwar ‚Angehörige‘ oder ‚Familie‘ heiße, die Frauen aber gemeint seien. Im Namen des DGB gratulierte die stellvertretende Vorsitzende Ingrid Sehrbrock: „In den kommenden zwei Jahren wird eine engagierte Gewerkschafterin und ausgewiesene Expertin für Gleichstellung am Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik die Lobby der Frauen anführen.“ •

U S - W a h l e n

Warum Obama für die Gewerkschaften trotz allem Mr. Right ist

Die Wiederwahl von Barack Obama als US-Präsident ist auch ein Erfolg für die amerikanischen Gewerkschaften. Was sie in seiner zweiten Amtszeit von ihm erwarten können, hat Marion Knappe in Washington für den einblick zusammengefasst.

Im Wahlkampf haben die Gewerkschaften alles für „ihren“ Präsidenten gegeben. Sie haben Millionen Dollar ausgegeben, sie haben mit Hilfe von „micro targeting“ potenzielle Obama-Wähler identifiziert. Sie haben an tausende Haustüren geklopft und möglichst überzeugende Argumente vorgetragen. Noch am Wahltag wurden Freiwillige per E-Mail aufgefordert, Animationsanrufe bei potenziellen Wählern zu machen. Es hat funktioniert: Obama ist wiedergewählt worden.

Hat sich der ganze Aufwand wirklich gelohnt? Was können die Gewerkschaften vom neuen-alten Präsidenten erwarten? Weniger, als sie sich wünschen würden. Obama hat das U-

Wort (union – Gewerkschaft) im Wahlkampf nicht in den Mund genommen. In seinen Plädoyers für eine starke Mittelschicht, gute Arbeit und anständige Löhne kamen die Gewerkschaften nicht vor. Und das wird sich auch in seiner zweiten Amtszeit nicht ändern. **Gewerkschaften werden weiter viele Hürden zu überwinden haben**, bis sie einige wenige Angestellte einer einzigen Supermarktfiliale vertreten dürfen (einen Flächentarifvertrag gibt es ja nicht). Daran wird sich nichts ändern. Der Mindestlohn von aktuell 7,25 Dollar wird nicht an die Produktivität gekoppelt werden – wie ein Gesetzentwurf aus dem Senat es vorsieht – denn die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus lehnt das ab. Die „Right To Work“-Gesetzgebung (nach der Gewerkschaften auch Tarifverhandlungen für Beschäftigte führen müssen, die keine Beiträge an sie zahlen) in mittlerweile 23 Bundesstaaten wird nicht deshalb aufgehoben werden, weil der Präsident weiterhin Obama heißt.

Und trotzdem waren die Anstrengungen der Gewerkschaften im Wahlkampf nicht umsonst. **Für Obama sind Gewerkschaften immer noch „Teil der Lösung und nicht Teil des Problems“.**

Der wiedergewählte Präsident weiß, dass die USA nicht mit China und Bangladesch um die niedrigsten Löhne konkurrieren kann. Er weiß, dass es um Qualität geht – bei Produkten ebenso wie bei Arbeitsbedingungen. Er kennt den Wert von Bildung und Ausbildung für den persönlichen beruflichen und sozialen Aufstieg und für die Gesellschaft insgesamt. Der Präsident kann sich unter dem Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ etwas vorstellen – wahrscheinlich auch, weil er durch Michelles harte Schule gegangen ist.

Obamas innerer „sozialpolitischer Kompass“ wird wahrscheinlich bei ObamaCare, der Gesundheitsreform, am deutlichsten erkennbar: Niemand



Marion Knappe, 46, ehemalige DGB-Pressesprecherin, lebt und arbeitet seit Mai 2010 in Washington.

Foto: privat

soll wegen einer Krankheit in den finanziellen Abgrund blicken müssen – diese Überzeugung ist für Amerikaner alles andere als selbstverständlich. Viele führende Gewerkschaftsvertreter waren enttäuscht von Obamas erster Amtszeit (und werden es auch bisweilen in der zweiten sein). Aber alle sagen: **Er hört uns wenigstens zu.** Bisweilen lässt sich Obama sogar von Gewerkschaften beraten.

Aus deutscher Perspektive mag das bescheiden wirken. Aber in einem Land, in dem nur knapp 13 Prozent der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, eine Armada von Anwaltskanzleien darauf spezialisiert ist, Unternehmen „gewerkschaftsfrei“ zu halten und ganzseitige Zeitungsanzeigen gewerkschaftsfeindlichen Inhalts erscheinen, ist das nicht zu unterschätzen. Und als die Republikaner im vergangenen Jahr Sturm liefen gegen das National Labor Relations Board, den Hüter des US-Arbeitsrechts, sich gegen Neubesetzungen sträubten und die finanziellen Grundlagen kappen wollten – **da hat Obama standgehalten.** Es habe zwar einige Überzeugungskraft gekostet, erinnert sich ein Gewerkschafter, der dabei war. Aber es hat funktioniert. ●

„Nicht zum Wohlstand sparen“

Barack Obama hat die Präsidentschaftswahl klar gewonnen. Auf Obama entfallen 332 der Wahlmännerstimmen, auf Herausforderer Romney 206. Auch bei der Gesamtzahl der Stimmen

← liegt Obama vorn. Laut CNN gewann er US-weit mit 51 zu 48 Prozent gegen Romney. Rund 3,2 Millionen mehr Stimmen als Romney konnte Obama verbuchen.

Am 17. Dezember treffen sich die Wahlmänner formell zur Wahl des Präsidenten. Versiegelt und beglaubigt werden ihre Stimmen an den Senatspräsidenten in Washington geschickt.

Am 6. Januar werden die Stimmen in einer gemeinsamen Sitzung von Senat und Repräsentantenhaus ausgezählt. Am 21. Januar wird Obama am Inauguration Day öffentlich in seine zweite und letzte Amtszeit eingeführt.

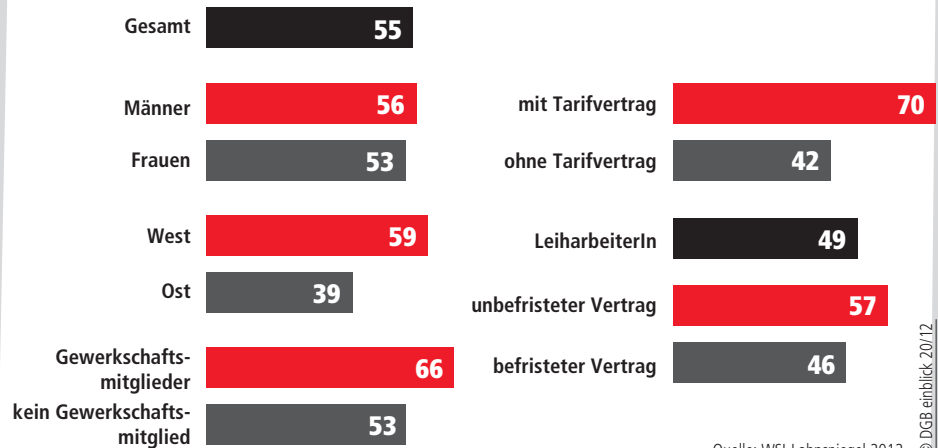
Obama äußerte sich gleich nach seiner Wiederwahl zur Wirtschaftspolitik. Als erste Amtshandlung hat er SpitzenpolitikerInnen des Kongresses zu Verhandlungen über einen Ausweg aus der Haushaltskrise ins Weiße Haus eingeladen. Den Vorschlag der Republikaner, den Haushalt nur mit Kürzungen zu sanieren, lehnt Obama ab. „Wir können uns nicht zum Wohlstand sparen“, erklärte er. Auch an der geplanten Reichensteuer hält er fest.

die DGB grafik

WEIHNACHTSGELD: Gewerkschaftsmitglieder im Vorteil

Rund 55 Prozent der Beschäftigten erhalten in diesem Jahr Weihnachtsgeld. Das zeigt eine Umfrage des WSI-Tarifarchivs. Unterschiede gibt es vor allem zwischen Westdeutschland (59 Prozent) und Ostdeutschland (39 Prozent) sowie zwischen Männern (56 Prozent) und Frauen (53 Prozent). Und nur 49 Prozent der LeiharbeiterInnen bekommen Weihnachtsgeld. Hingegen: 70 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder und 66 Prozent aller Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben können sich über mehr Geld freuen.

Anteil von Beschäftigten, die Weihnachtsgeld erhalten (in Prozent)



Quelle: WSI-Lohnspiegel 2012

© DGB einblick 20/12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

19.11. DGB Nord, Tagung „Energie effizient einsetzen!“, Hamburg

20.11. DGB Hessen-Thüringen, Diskussion „Solvency II – Was wird aus der betrieblichen Altersvorsorge?“, Fulda

22.11. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt“, Berlin

24.11. ver.di, 26. Journalistentag „Gemein machen. Partei ergreifen – Sollen wir das? Dürfen wir das? Oder müssen wir das?“, Berlin

26./27.11. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Werkvertrags-

unternehmen“, Frankfurt / Main

26.11. GdP Niedersachsen, Lesung „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“, Hannover

26.11. DGB Düsseldorf, Die Linke Kreisverband Düsseldorf, Diskussion „Finanzkrise? Eurokrise? Bankenkrise? Wie weiter in Europa?“, Düsseldorf

27.11. GEW Niedersachsen, Workshop zum „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“, Hannover

28./29.11. DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Der Personalrat, Schöneberger Forum „Bürgerbeteiligung und öffentlicher Dienst – Zwischen Demokratisierung und Arbeitsver-

Tipp

Buch: Patrick Kury, Der überforderte Mensch, Campus Verlag, 342 Seiten, 34,90 Euro
Stress, Burn-Out und andauernde Hetze sind in aller Munde und mittlerweile als Krankheiten des Menschen im 21. Jahrhundert etabliert. Doch was macht Stress aus? Und welchen Einfluss haben die Rahmenbedingungen, in der Menschen sich bewegen?

In seinem Buch „Der überforderte Mensch“ zeichnet Patrick Kury die Geschichte des Stresses nach: von der Erforschung organischer Zusammenhänge in den 1930er-Jahren bis hin zu den ersten Burnout-Studien in den 1970er-Jahren. Der Autor belegt: Beschleunigung, Flexibilisierung und dauernde Anpassung führen den Mensch an seine Grenzen.

dichtung“, Berlin

29.11. DGB, Bund-Verlag, Hans-Böckler-Stiftung, Preisverleihung „Deutscher Personalrätepreis beim Schöneberger Forum“, Berlin

29.11. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum? Nachhaltige Produktion: Globale Wertschöpfung“, Berlin

29.11. DGB-Region Mit-

telhessen, Diskussion „Antikapitalismus von Rechts und Zulauf für die extreme Rechte?“, Marburg

30.11.-1.12. Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur e.V., Universität Tübingen, Symposium „Die Euro-Krise und das deutsche Modell der industriellen Beziehungen“, Tübingen

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Die Europäische Union ist ein Langzeit-Projekt, das immer Langzeit-Dividenden abgeworfen hat – und sie verdient eine Langzeit-Perspektive.“

Martin Schulz (SPD), Präsident des Europäischen Parlaments in seiner Europa-Rede am 9. November in Berlin

Geschlechterdiskriminierung

Pilotenmütze nur für Männer

Nach der internen Betriebsvereinbarung „Dienstbekleidung“ bei der Lufthansa müssen männliche Piloten die Uniformmütze in dem der Öffentlichkeit zugänglichen Flughafenbereich tragen. Weibliche Piloten dagegen können die Mütze tragen, müssen aber nicht. Für sie gehört die Kopfbedeckung nicht zur vollständigen Uniform. Diese Regelung ist rechtmäßig. Sie stellt keine Benachteiligung der Männer im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes dar.

*Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 29. Oktober 2012 - 5 Sa 549/11*

Beamtenbeihilfe

Künstliche Befruchtung nur bis 40

Beamtinnen ab dem 40. Lebensjahr haben keinen Anspruch darauf, dass die Kosten für eine künstliche Befruchtung von der Beihilfe erstattet werden. Die einheitliche Altersgrenze in den Beihilfevorschriften ist rechtmäßig. Die Beihilfestellen wären überfordert, wenn sie in jedem Einzelfall die Erfolgsaussichten einer Schwangerschaft ab dem 40. Lebensjahr mittels Gutachten zu überprüfen hätten.

*Verwaltungsgericht Aachen,
Urteil vom 7. September 2012 - 7 K 102/11*

Gesetzliche Unfallversicherung

Parkgebühr ist zu erstatten

Erhält ein Unfallverletzter von der Berufsgenossenschaft nach einem Arbeitsunfall physiotherapeutische Leistungen und legt den Weg in die physiotherapeutische Praxis mit dem Auto zurück, so sind auch die Kosten für das Abstellen des Autos in einer gebührenpflichtigen Kurzparkzone zu erstatten.

*Sozialgericht Hildesheim,
Urteil vom 24. Juli 2012 - S 11 U 129/11*

Hartz IV

Kein Geld für Nahrungsergänzungsmittel

Nahrungsergänzungsmittel sind zwar Lebensmittel, die dazu bestimmt sind, die allgemeine Ernährung zu ergänzen. Sie begründen jedoch keinen Mehrbedarf im Sinne der Bestimmungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende. Denn es handelt sich dabei nicht um kostenaufwendige Ernährung, die aus medizinischen Gründen erforderlich ist.

*Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 28. Februar 2012 - L 9 AS 585/08*

Deutscher Bundestag

Besuchbetreuer sind Arbeitnehmer

Besuchbetreuer des Bundestages stehen in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis und sind sozialversicherungspflichtig. Das gilt auch, wenn im Arbeitsvertrag freie Mitarbeit vereinbart wurde, die tatsächlichen Arbeitsbedingung aber für eine Angestelltentätigkeit sprechen.

*Sozialgericht Berlin,
Urteil vom 26. Oktober 2012 - S 81 KR 2081/10*

Klassenfahrt

Für Hartz-IV-Empfänger maximal 300 €

Aufwendungen für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen sind nicht vom Hartz-IV-Regelsatz erfasst. Eine finanzielle Obergrenze im Landesschulrecht ist aber zu beachten.

Der Fall: Eine Schülerin der 11. Klasse einer hessischen Schule bezieht mit ihrer Familie Hartz-IV-Leistungen. Auf einem Elternabend wurde einstimmig die Durchführung einer Klassenfahrt nach Berlin mit Kosten von 350 Euro pro Person beschlossen. Die Schülerin beantragte daraufhin vom Jobcenter die Kostenübernahme, ohne die sie als Einzige nicht an der Klassenfahrt teilnehmen könne. Das Jobcenter lehnte den Antrag im Ganzen ab und berief sich auf einen Erlass des Hessischen Kultusministeriums, wonach bei Inlandfahrten die Gesamtkosten 300 Euro pro Schüler nicht übersteigen dürfen. Die dagegen gerichtete Klage hatte bis zur Obergrenze Erfolg.

Da Landessozialgericht: Das Jobcenter ist verpflichtet, die Kosten in Höhe von 300 Euro zu erstatten. Zwar sind prinzipiell die tatsächlich anfallenden Kosten für mehrtägige Klassenfahrten vom Hartz-IV-Leistungsträger zu tragen. Voraussetzung ist jedoch, dass die Veranstaltung den maßgeblichen schulrechtlichen Vorgaben entspricht. Anders als in anderen Bundesländern wird in Hessen durch den die Schulen bindenden Erlass des Kultusministeriums die Kostenobergrenze für Klassenfahrten abschließend geregelt. Diese liegt für Inlandfahrten bei 300 Euro und für Auslandsfahrten bei 450 Euro.

Bei Überschreiten dieser Grenzen entfällt allerdings nicht der komplette Anspruch auf Kostenübernahme, sondern ist auf die dem Erlass entsprechende Kostengrenze zu beschränken.

*Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 19. Oktober 2012 - L 7 AS 409/11*

Hartz IV

Nur 21 Urlaubstage

Der selbstständig tätige Hilfeempfänger ist verpflichtet, die Führung seiner Geschäfte so auszurichten, dass die ausgeübte selbstständige Erwerbstätigkeit ausreichende Erträge für seinen Geschäftsbetrieb wie auch für seinen Lebensunterhalt einbringt.

Der Fall: Die selbstständige Journalistin bezieht Hartz-IV-Leistungen. Sie hält sich regelmäßig zur Vorstellung ihrer Bücher, zu Recherchen und Führungen auf einer nordfriesischen Insel auf. Die beantragte Genehmigung der Ortsabwesenheit war durch das Jobcenter für einzelne Tage mit der Begründung abgelehnt worden, die Antragstellerin habe im Jahr 2012 ihr zustehende 21 „Urlaubstage“ aufgebraucht. Die Ortsabwesenheit sei an den Tagen, an denen sie unentgeltlich bzw. nur gegen ein Trinkgeld tätig sei, nicht beruflich veranlasst. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Nach dem Gesetz erhält keine Leistungen, wer sich ohne Zustimmung des Jobcenters außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs aufhält und so nicht für die Eingliederung in Arbeit zur Verfügung steht. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt und die Eingliederung nicht beeinträchtigt wird. Die Summe der Ortsabwesenheiten soll in der Regel drei Wochen im Jahr nicht überschreiten. Im vorliegenden Fall sind die Tage, an denen die Journalistin nicht mit konkreter Gewinnerzielungsabsicht tätig gewesen sei, sondern unentgeltlich gearbeitet habe, nicht als berufsbedingte Ortsabwesenheit, sondern als Urlaub zu werten.

*Sozialgericht Stuttgart,
Beschluss vom 18. Juli 2012 - S 19 AS 3136/12 ER*